

Europaparlament will Dienstleistungsrichtlinie entschärfen

Im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens wird das Parlament in seiner Sitzung im Herbst in erster Lesung über das weitere Schicksal der von der Kommission vorgeschlagenen Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt entscheiden. Am 24. Mai hat die Berichterstatterin des federführenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament, Evelyne Gebhardt (SPE/SPD), ihren Bericht zum Richtlinienvorschlag veröffentlicht. Darin fordert sie tiefgreifende Korrekturen.

Sie schlägt vor, die meisten Dienstleistungen der Daseinseinsvorsorge, v.a. Gesundheits- und soziale Dienstleistungen sowie andere Sozialdienste und wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen, vom Anwendungsbereich herauszunehmen und in eigenen Richtlinien zu erfassen. Das Herkunftslandprinzip, nach dem Dienstleistungserbringer nur den Regeln des Staates unterliegen sollen, in dem sie niedergelassen sind, soll

durch das im Bereich des freien Warenverkehrs entwickelte Prinzip der gegenseitigen Anerkennung ersetzt werden. Es besagt, dass ein Dienstleistungserbringer seine Dienstleistungen, die er in einem Mitgliedstaat rechtmäßig erbringt, auch in allen Mitgliedstaaten ungehindert anbieten darf. Er unterliegt den Vorschriften des Ziellandes insoweit nicht, als es sich um Wiederholungen der im Herkunftsland bereits erfüllten

Anforderungen handelt; Unterschiede zum Herkunftslandprinzip sind praktisch gering. Der Bericht sieht aber einige Ausnahmen vom Prinzip der gegenseitigen Anerkennung vor, vor allem für das Arbeitsrecht. Außerdem soll unter bestimmten Umständen ein Einspruch des Ziellandes gegen die Dienstleistungserbringung möglich sein. Die gegenseitige Anerkennung soll durch einen gezielten Harmonisierungsprozess ergänzt werden, u.a. auch im Bereich der kommerziellen Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialwesen.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Kontrolle der Dienstleistungserbringer, für die das Zielland zuständig sein soll. Nach Gebhardts Ansicht wird eine effektive Kontrolle durch die Anmeldung beim so genannten „einheitlichen Ansprechpartner“ gewährleistet,

Liebe Leserin, lieber Leser,



die politischen Bühnen in Deutschland und Europa sind in Bewegung. Was bedeutet dies für die Soziale Arbeit?

So haben in einer Phase intensiver Veränderung gerade Fragen der Teilhabe, der Integration und der Modernisierung Sozialer Dienste eine hohe Bedeutung. Dies sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Welchen Beitrag wir dazu leisten, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Ihr
Hans-Georg Weigel

der sowohl im Bereich der Niederlassungs- als auch für die Dienstleistungsfreiheit eingeführt werden und sich um die Umsetzung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung kümmern soll.

Offen bleibt, wie sich die ergänzende Koordinierung und eine eigene Richtlinie für den Gesundheits- und Sozialbereich zu der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Ausgestaltung der Sozialschutzsysteme verhält. Für die Dienstleistungserbringer werden sich beim Prinzip der gegenseitigen Anerkennung Probleme bei der Bewertung der Gleichwertigkeit von Vorschriften ergeben. Zudem ist unklar, wer der einheitliche Ansprechpartner sein soll und ob damit nicht eine kostensteigernde Doppelstruktur entsteht.

Die Beobachtungsstelle im ISS-Frankfurt a.M. beobachtet und analysiert den Entstehungsprozess der Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen des Projekts „Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa“.

Ansprechpartnerin im ISS:
Anna Englaender, Tel.: 069 957 89-173
E-Mail: anna.englaender@iss-ffm.de



Ein praxisorientiertes
Beratungsangebot: Prozess- und
Fachberatung in der Jugendhilfe-
und Sozialplanung

Planungen im sozialen Bereich müssen seit geraumer Zeit im Kontext gravierender Haushaltsdefizite gelöst werden. Jugendhilfe- und Sozialplanung sind in diesem Zusammenhang wichtige Steuerungsinstrumente vor Ort, die den zielgerichteten und effizienten Einsatz fachlicher und finanzieller Ressourcen gewährleisten. Parallel dazu werden Angebote und Maßnahmen für die lokale Ebene bedarfsgerecht und effektiv weiterentwickelt.

Prof. Dieter Kreft und Dipl. Päd. Peter Falten, Jugendhilfeplaner des Landkreises Stade, bieten in Zusammenarbeit mit dem ISS-Frankfurt a.M. ein neues praxisorientiertes Beratungsangebot in der Jugendhilfe- und Sozialplanung an. Es richtet sich an Sozialverwaltungen der Landkreise, kreisfreie Städte und Sozialverwaltungen kreisangehöriger Gemeinden. Verwaltungsleitungen, Planungsfachkräfte, Planungsgremien, KommunalpolitikerInnen und Fachkräfte von freien und öffentlichen Trägern sollen bei der konzeptionellen Entwicklung und Umsetzung ihrer Jugendhilfeplanung und Sozialplanung unterstützt werden. Das Beratungsangebot umfasst sowohl eine prozessbegleitende Beratung als auch einzelne Beratungsleistungen. Beratungsbeispiele sind die Konzeption von Gesamt- oder Teilplanungen, eine fachliche Bilanzierung der bisherigen Planung, Beratung bei einzelnen Verfahrensschritten oder die Entwicklung von Teillösungen bei begrenztem zeitlichen oder finanziellen Budget. Das Erstgespräch ist unverbindlich und kostenlos. Es informiert Sie über unser Dienstleistungsspektrum und dient der Erstellung eines auf Sie zugeschnittenen Angebotes. Einen ausführlichen Beratungs-Flyer können Sie kostenlos bei uns anfordern. ■

Ansprechpartnerin im ISS:
Evelin Klein, Tel.: 069 957 89-159
E-Mail: evelin.klein@iss-ffm.de

Teilhabe und soziale Integration durch die Einbindung der Zivilgesellschaft im aktivierenden Sozialstaat

Der aktivierende Sozialstaat spielt in der Diskussion um den Erhalt einer solidarischen Gesellschaft eine zentrale Rolle. Ziel ist dabei einerseits, die Potenziale der Menschen zu aktivieren und andererseits vorzusorgen, um gesellschaftlichen Ungleichheiten entgegen zu wirken und die Teilhabechancen des Einzelnen zu verbessern. Dabei findet ein Wandel von einem sozialen Leistungsstaat hin zu einem partnerschaftlichen Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft statt. Für die neue aktivierende Politik muss das Verhältnis von Staat und Bürger neu ausgerichtet und damit zusammenhängend ein veränderter Gerechtigkeitskurs eingeführt werden. Dieser beinhaltet ein verändertes Komplementärverhältnis von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Ungleichheit. Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit soll nicht mehr in erster Linie durch sozialen Ausgleich, sondern durch Sicherung gleicher gesellschaftlicher Teilhabechancen realisiert werden.



Für das koordinierte Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft gilt der „zivile Dialog“ als ein zentrales Verfahren. Dieser wurde im März 1996 vom Europäischen Forum für Sozialpolitik ins Leben gerufen und wird als Element einer beteiligungsorientierten und kooperativen Demokratie verstanden. Auf europäischer Ebene hat der zivile Dialog durch die im Jahr 2000 vereinbarte Lissabon-Strategie eine entscheidende Weiterentwicklung erfahren. Es wurde der Einsatz der „offenen Methode der Koordinierung“ (OMK) verabredet, die auf Basis von gemeinsam festgelegten Zielen dem ständigen Dialog über Informationen und bewährten Verfahren im Bereich des Sozialschutzes dient und zugleich eine Strategie zur Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Dialoge ist. In jüngster Zeit wurde das Einsatzfeld der OMK um den nationalen Einsatz erweitert. In Deutschland setzt das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) zu diesem Zweck die Veranstaltungsreihe „FORTEIL – Forum Teilhabe und soziale Integration“ um, die vom ISS-Frankfurt a.M. organisatorisch durchgeführt wird. Ziel des Forums ist es, den zivilen Dialog der unterschiedlichen Akteure und Betroffenen im

Bereich „Armut und soziale Ausgrenzung“ zu intensivieren und neue Ansätze zur Bekämpfung zu diskutieren. Armut und soziale Ausgrenzung sind Ausdruck einer gesamten Lebenslage und beziehen sich in umfassender Weise auf ökonomische, soziale, kulturelle und politische Aspekte. Wirksame Strategien zur Armutsbekämpfung setzen daher auf unterschiedlichen Handlungsebenen an und involvieren eine Vielzahl gesellschaftlicher Akteure. FORTEIL ermöglicht den unterschiedlichen Akteuren von Bund, Ländern, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Wissenschaft, Praxis und den Betroffenen, mit ihren vielfältigen Erfahrungen, Perspektiven und Ansätzen in ein Austauschverhältnis zu treten und gemeinsame Zielsetzungen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu entwickeln. Zur Umsetzung lokaler Beteiligungs- und Vernetzungsprozesse bietet das ISS-Frankfurt a.M. begleitende Beratungs- und Moderationsleistungen an. ■

AnsprechpartnerInnen im ISS:
Evelin Klein, Tel.: 069 957 89-159
E-Mail: evelin.klein@iss-ffm.de
Hans-Georg Weigel, Tel.: 069 957 89-112
E-Mail: hans-georg.weigel@iss-ffm.de



Integration durch Engagement

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Dabei haben Angebote, aktiv und selbstbestimmt an der Aufnahmegesellschaft teilzuhaben, eine besondere Relevanz. Dies gilt nicht nur für politische Partizipation und ökonomische Aktivitäten bzw. Absicherung, sondern gerade auch für zivilgesellschaftliche Teilhabe durch eigenes, bürgerschaftliches Engagement. Eine Tagung des Städtetags und des Sozialministeriums Baden-Württemberg in Kooperation mit dem ISS-Frankfurt a. M. diskutierte das Verhältnis von Bürgerschaftlichem Engagement und Migration.

Projektpräsentationen des Internationalen Frauencafés Filderstadt, des Interkulturellen Forums Nürtingen und des Modellprojektes „gEMiDe“ boten – neben anderen Beispielen – den Teilnehmenden Gelegenheit, konkretes Engagement von MigrantInnen kennen zu lernen und sich über Erfordernisse und Erfolg versprechende Ansätze von Vorhaben zur Aktivierung und Stärkung von Engagement auszutauschen. Deutlich wurde bei allen Projekten, dass die Engagementidee – neben entsprechenden institutionellen Flankierungen – immer auch von der Begeisterungsfähigkeit und den besonderen Persönlichkeiten derer, die sich engagieren, lebt. Die konkreten Projekte zeigten darüber hinaus, dass zentrale Voraussetzungen gegenseitiger Respekt und Toleranz sind, d.h. ein Sich-Begegnen im Engagement auf gleicher Augenhöhe. Übereinstimmend wurde festgehalten, dass Projekte, die diese Reziprozität der Zusammenarbeit gewährleisten, MigrantInnen und Migranten „ein Stück Heimat“ anbieten.

Das zwischenzeitlich verabschiedete Zuwanderungsgesetz unterstreicht die Bedeutung von Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bürgerschaftliches Engagement ist ein zentraler Schlüssel für Kommunen, neue Zielgruppen einzubeziehen und zu vermeiden, dass die Gesellschaft Gruppen dauerhaft ausschließt.

Interessant ist hierbei die Frage danach, ob und inwieweit sich MigrantInnen bereits engagieren, wie sich deutsche BürgerInnen

für MigrantInnen engagieren und wie gegebenenfalls die Rahmenbedingungen verbessert werden können. Geht es um zusätzliche Integrationsangebote, wird zunehmend auf Engagementpotenziale insbesondere der bereits seit längerem in der Bundesrepublik lebenden MigrantInnen Bezug genommen. So hat u.a. die Stadt Stuttgart bereits erste Erfahrungen mit „Integrationslotsen“ mit Migrationshintergrund gesammelt, in Nürtingen wurden sog. Mentoren mit Migrationshintergrund ausgebildet.

Das ISS-Frankfurt a.M. begleitet aktuelle Entwicklungen über das „StädteNetzwerk BE“ in Baden-Württemberg hinaus auch im „Bundesnetzwerk BE“ (BBE). Ebenso wird die fachpolitische Diskussion zu diesem



Thema mit Beiträgen in seiner Zeitschrift „Migration und Soziale Arbeit“ aktiv mitgestaltet. Für die Entwicklung und den Aufbau von lokalen und regionalen Strukturen bietet das ISS-Frankfurt a.M. seine Erfahrungen in Form von Beratungsleistungen an. ■

Ansprechpartner im ISS:
Dr. Thomas Kunz, Tel. 069 957 98-154,
E-Mail: thomas.kunz@iss-ffm.de

Personeller Wechsel in der
Redaktion der Zeitschrift
„Migration und Soziale Arbeit“

Die Zeitschrift „Migration und Soziale Arbeit“ (bis 1995 „Informationsdienst zur Ausländerarbeit“, IZA) wird vom ISS-Frankfurt a.M. im 27. Jahrgang herausgegeben und erscheint seit 2004 im Juventa Verlag. Sie stellt ein wichtiges Diskussionsforum zu migrationsrelevanten Themen dar.

Jedes Heft enthält Beiträge zu migrationspezifischen Themen, wie z.B. zur psychosozialen Versorgung von Migrantinnen und Migranten, zum Altwerden in der Fremde, zur interkulturellen Sozialarbeit, zu Lebensentwürfen junger Migrantinnen und Migranten oder zu aktuellen Fragen der Zuwanderungspolitik und des Ausländerrechts.

Die Schwerpunktthemen des Jahres 2005 sind „Interkulturalität“ (Heft 1/2005), „Migrations- und Integrationspolitik“ (Heft 2/2005) und „Transformation des Sozialstaats – Folgen für die Migrantinnen und Migranten“ (Heft 3-4/2005). Hermann Scheib war viele Jahre verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Migration und Soziale Arbeit“ im ISS-Frankfurt a.M. und wurde dabei zeitweise von seiner Kollegin Vanessa Schlevogt bei der redaktionellen Arbeit unterstützt.

Ab Juli diesen Jahres beginnt für Hermann Scheib die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Wir danken ihm ganz herzlich für seine langjährige und engagierte Arbeit und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

Die redaktionelle Arbeit im Institut wird von Dr. Thomas Kunz, einem ausgewiesenen Experten für Migrationsfragen, übernommen. So wird das hohe fachliche Niveau der Zeitschrift gesichert, u.a. auch weiterhin durch den wissenschaftlichen Beirat, der den verantwortlichen Redakteur berät und unterstützt. ■

Ansprechpartner im ISS:
Dr. Thomas Kunz, Tel.: 069 95789-154,
E-Mail: thomas.kunz@iss-ffm.de





Anna Englaender

Juristin, Diplom-Caritaswissenschaftlerin, seit dem 1. März 2005 im ISS, im Projekt Beobachtungsstelle für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa. Tätigkeitsbereiche: Dienstleistungsrichtlinie und grenzüberschreitende Erbringung von sozialen Diensten, Kooperation und Vernetzung von Grenzregionen.



Benjamin Landes

Praktikant seit dem 7. März 2005 im Rahmen des Diplom-Studienganges Betriebswirtschaft an der FH Gießen-Friedberg.



Theodora Rousiadis

Auszubildende seit September 2003, hat ihre Prüfung als Kauffrau für Bürokommunikation erfolgreich abgeschlossen.

Impressum

Herausgeberschaft: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Zeilweg 42, 60439 Frankfurt am Main, www.iss-ffm.de.

Das ISS e.V. erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn/Berlin, eine institutionelle Förderung.

Verantwortlich i.S.d.P.: Georg Weigel, Direktor
Redaktionsteam: Achim Puhl, Marina Maier;
E-Mail: achim.puhl@iss-ffm.de,
Tel.: 069 957 89-140

Gestaltung: DingeldeinDesign, 60529 Frankfurt a.M.
Druck: DruckSache Dimant GmbH, 61273 Wehrheim
Auflage: 1.500

Erscheinungsdatum: Juni 2005

Diese Publikation kann in einer Printversion über das ISS e.V. bezogen oder als pdf-Datei unter www.iss-ffm.de heruntergeladen werden.

IGfH/ISS-Forschungskolloquium Erziehungshilfen

Traditionell fand am ersten Märzwochenende das gemeinsame „Forschungskolloquium Erziehungshilfen“ der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (www.igfh.de) und des ISS-Frankfurt a.M. statt. Seit 1990 besteht dieses informell angelegte Kolloquium, bei dem jährlich Forschungsarbeiten aus dem Bereich der Erziehungshilfen vorgestellt und diskutiert werden. Auch in diesem Jahr war die Resonanz groß, über 50 TeilnehmerInnen sind zu diesem Fachaustausch unter JugendhilfeforscherInnen zusammengekommen, um Forschungsfragestellungen, Untersuchungsdesigns und Forschungsergebnisse zu diskutieren.

Der diesjährige „Call for Papers“ hatte die Anmeldung von 14 Beiträgen zum Ergebnis, die unterschiedliche Aspekte der Erziehungshilfen berühren. Die einzelnen Beiträge wurden in thematischen Clustern gebündelt, die Themen wie Kommunikation, Prozesse der Platzierung, Entwicklungsverläufe, Rahmenbedingungen sowie neue Forschungsvorhaben zum Inhalt hatten. So untersucht Tilman Allert, Hochschullehrer an der Uni Frankfurt, Ritualbedarf und Ritualdistanz in der Erziehungshilfe und Kommunikationsformen im Erziehungsalltag. Christian Schraper, Hochschullehrer an der Uni Koblenz, und Wolfgang Sierwald vom Sozialpädagogischen Institut der SOS-Kinderdörfer, gaben einen Zwischenbericht zur

Umsetzung des Bundesprojektes „Hilfeplanung als Kontraktmanagement“. Aspekte der Kooperation Freier und Öffentlicher Träger sowie die Prozessgestaltung der Hilfeplanung stehen im Mittelpunkt. Entwicklungsverläufe bei jungen Menschen in Erziehungsstellen stellte Mathias Moch, Hochschullehrer an der Berufsakademie Stuttgart im Rahmen einer Langzeitstudie vor. Diese Studie berücksichtigt insbesondere die Abfolge der Lebensstationen vor oder nach der Erziehungshilfe und setzt sie zu Aufnahmedaten und Indikationen in Beziehung. Liane Pluto und Nicole Gragert, MitarbeiterInnen des Deutschen Jugendinstituts, berichteten über die Erhebung von Leistungen und Strukturen bei Einrichtungen der (teil)stationären Erziehungshilfen im Rahmen des Projektes „Jugendhilfe und sozialer Wandel“. Neuere Forschungsvorhaben beinhalten u.a. die Rekonstruktion komplexer Hilfeverläufe (Mathias Hamberger, Uni Tübingen), Fragen der Qualitätsentwicklung des Internationalen Kinderschutzes sowie des Zusammenhanges von Hilfeformen und Interventionsprofilen. Angesichts der nur schwer zu bewältigenden Themenvielfalt und hohen Dichte an Beiträgen wird sich das Forschungskolloquium im Jahr 2006 auf ein Thema konzentrieren, wobei Fragen der Wirkungsforschung im Mittelpunkt stehen sollen. ■

Ansprechpartner im ISS:

Hans-Georg Weigel, Tel. 069 957 98-112,
E-Mail: hans-georg.weigel@iss-ffm.de

Seminare und Tagungen

Weiterbildungskurs „interne Evaluatorin – interner Evaluator“

3 Module, 1. Modul: 20.-21.09.2005

Seminar „Fallmanagement – die aktive Steuerung von Einzelfallhilfen“

4 Seminare, 1. Seminar: 7.-9.09.2005

Fachtagung „Resilienz – was Kinder aus armen Familien stark macht, 13.09.2005

Anmeldungen/Infos: Steffi Kühnemund, Tel.: 069/957 89-114,

E-Mail: steffi.kuehнемund@iss-ffm.de

Veröffentlichungen

Menke, M.: Pflegeausbildung "mangelhaft", Pflegeberuf "gut"? Studie zu Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie Pflegekompetenzen aus Sicht professioneller Fachkräfte in ambulanten und stationären Einrichtungen der (Alten-)Pflege, ISS-PONTIFEX 5/2005
Hamburger, F./Hirschler, S./Sander, G./Wöbcke, M.: Ausbildung für Soziale Berufe in Europa, Band 2 mit Beiträgen über Norwegen, Schweden, Irland, Dänemark, Lettland, Polen, Slowakei, Kroatien, Bulgarien, Mazedonien, Griechenland und Spanien, ISS-PONTIFEX 2/2005